

XXXVII. Symposion Maria Laach am 12./13. April 2008 zum Thema „Das moderne Strafrecht in der Mediengesellschaft“

Ein Tagungsbericht

Zum 37. Mal fand das Symposion des Instituts für Konfliktforschung e. V. Köln und des Vereins Deutsche Strafverteidiger e. V. Frankfurt/Main im Kloster Maria Laach statt. Seit vielen Jahren treffen sich hier Gutachter, forensische Psychiater und Psychologen, Strafrichter und Verteidiger zum Meinungsaustausch.

Auf dem diesjährigen Treffen sprachen Prof. Dr. Winfried HASSEMER, Vizepräsident des BVerfG (Medien im Bundesverfassungsgericht), Prof. Dr. Michael WALTER (Über Medien als Kriminalpolitiker) Hildegard BECKER-TOUSSAINT, Ltd.

Oberstaatsanwältin (Bedeutung der Medien aus Sicht der Staatsanwaltschaft), Prof. Dr. Rainer HAMM, (Strafverteidigung und Medien), Prof. Dr. Norbert NEDOPIL, (Einfluss der Medien auf die Forensische Psychiatrie). Ihnen folgten drei hochkarätige Medienvertreter: Gisela FRIEDRICHSEN, DER SPIEGEL (Strafjustiz und Medien – Beobachtungen aus dem Zuschauerraum), Sabine RÜCKERT, DIE ZEIT (Verstärkerkreislauf zwischen Medien und Strafgesetzgebung) und Hans LEYENDECKER, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG (Verdachtsberichterstattung in den Medien).

Das Klima in den Symposien in Maria Laach wird von Referenten und Besuchern über die Jahre als informell, kritisch und familiär beschrieben. Entsprechend gab es unter den Referenten und zwischen Vortragenden und Publikum spannende und kritische Diskussionen, die aber ein gemeinsames Verständnis der Dilemmata förderten. Hier in Auszügen Referate und Diskussion auf der Tagung:

Winfried Hassemer berichtete, wie das Bundesverfassungsgericht die Medien rechtlich stellt und wie die Medienarbeit im obersten Gericht aussieht. Er erläuterte vier Hypothesen:

1. Den Medien ist es rechtlich nie so gut gegangen wie derzeit. Die Pressefreiheit sei nicht bedroht.
2. Die Medien sind das zentrale Sprachrohr der Justiz, die sich und ihre Entscheidungen in einer modernen Gesellschaft ständig verständlich machen müsse. Justiz müsse von sich erzählen (lassen). Die frühere Gerichtsöffentlichkeit sei obsolet, es gebe die Medienöffentlichkeit.
3. Es gebe kaum ein schlechteres Drehbuch für die Justiz als das der Medien.
4. Die Justiz müsse auf die Medien zugehen, weil es keine Alternative gebe.

Der Kriminologe *Michael Walter* formulierte in sieben Thesen, wie sich Medien als Kriminalpolitiker verhalten. Ausgehend vom staatlichen Sicherheitsversprechen an seine Bürger müsse transportiert werden, wie dieser Schutz gewährleistet werden soll. Das geschehe weitgehend über Medien. Die Eigendynamik der Medien sei nicht vom Interesse an Berichterstattung geprägt, es gehe um Einschaltquoten und Auflageziffern. Medien seien Tendenzbetriebe, die politischen und inhaltlichen Interessen der Eigner schlugen sich auf die Stoffauswahl nieder, was bei den Konsumenten unsichtbar bleibe: Selektion von Themen, Dramaturgie, visuelle Darstellbarkeit sei wichtig und verzerre Darstellung von Kriminalität. Selbst die

Polizeiliche Kriminalstatistik werde dabei so dargestellt, dass die Aussagen zur Botschaft der Redaktion passen. Er sehe in den Forderungen nach strengerer Bestrafung von Tätern deshalb nicht so sehr den „Ausdruck einer neuen Straflust“, sondern die Konsequenz dieser sich aufschaukelnden Dynamik. *Walter* erklärte, es helfe nicht, diese Tendenzen zu verurteilen, man müsse die Produktionsbedingungen der Medien verstehen.

Hildegard Becker-Toussaint berichtete als Pressereferentin der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt/Main über die Medienarbeit und die dabei wirkenden Eigeninteressen der Behörde, es folgte Prof. Dr. *Rainer Hamm* mit dem gleichen Blick aus Sicht der Strafverteidigung.

Norbert Nedopil zeichnete die Berichterstattung der Medien seit dem Fall des Sexualmörders Dutroux in Belgien auf und machte deutlich, wie in Deutschland Gesetze sich mehr und mehr auf Grund von Einzelfällen verschärfen. In der Gemengelage zwischen Publicity suchenden Politikern und Material suchenden Medien verstärkten sich Effekte gegenseitig, so dass zum Schluss nicht mehr nachvollziehbar sei, auf welcher Grundlage Entscheidungszwänge gewachsen seien. *Nedopil* zeichnete den Paradigmenwechsel vom Freiheits- und zum Sicherheitsstaat und zum Präventionsstrafrecht nach. Auch er verwies auf Arbeitsbedingungen in den Medien: Es gebe mehr Private Medien, das Bild habe Vorrang vor Text, was zur Verkürzung führe. Es gebe mehr lokale Medien, verstärkte Konkurrenz untereinander. Der Verbraucher stünde vor einer Informationsflut, die er nicht mehr überblicken könne. Vereinfachungen, Emotionalisierungen und Personalisierungen gehörten zu den Grundtechniken der Medien. Dennoch sei auch die Forensik letztlich auf Medien angewiesen und könne diese Herausforderung eigentlich annehmen, seien doch die Mitarbeiter traditionell Kommunikatoren und Übersetzer. Man müsse allerdings im Kontakt zu Medien vorher überlegen, welche Kompromisse man eingehen wolle und welche nicht. Dies betreffe dann auch die Auswahl der Medien, mit denen man Kontakt halte, wobei man das (oft karge) Vorwissen der Journalisten berücksichtigen müsse. *Nedopil* schloss seinen Beitrag mit der Überlegung, da die Medien mit der Kommerzialisierung der Opfer Geld verdienen, sollten Experten bei ausführlicheren Interviews ein Honorar verlangen, das als Spende an gemeinnützige Organisationen gezahlt werden soll.

Es folgten drei Beiträge von Journalisten, die zur Spitzengarde der Printmedien gehören:

Gisela Friedrichsen (SPIEGEL) zog ein kritisches Resümee der medialen Entwicklung der vergangenen Jahre: Bildmedien bedeuteten den Zwang zur Visualisierung. Bilder vermittelten (oft fälschlich) den Eindruck von Authentizität, Medienkonsumenten bekämen das Gefühl, Augenzeuge zu sein; Zweifel hätten dabei wenig Platz. Dem Mediendruck gäben auch Staatsanwälte und andere Verfahrensbeteiligte nach (Interviews, eine „Original Tiefkühltruhe“ im Verhandlungssaal, Großbildpräsentationen von Rechtsmedizinern. Justizangehörige seien keineswegs neutral, sondern als Medienkonsumenten beeinflusst. So würde der Begriff des „Geschädigten“ im Strafrecht durch den religiös-mythisch aufgeladenen Begriff des „Opfers“ ersetzt, ohne dass dies kritisch reflektiert werde. Aus „Recht“ werde „Gerechtigkeit“ – ein Geschäftsfeld auch für findige Anwälte. Das medial inszenierte Leiden der Opfer mache die Unschuldsvermutung fast obsolet; der Angeklagte mit seinem Werdegang verschwinde aus dem Blickfeld. Urteile würden dann „zum Fenster hinaus“ gesprochen. *Friedrichsen* fragte kritisch, was denn aus Menschen würde, die falsch beschuldigt wurden und die fälschlicherweise

beschuldigt haben. Der scharfe Wettbewerb führe außerdem dazu, dass nur wenige Medien sich spezialisierte Gerichtsreporter leisten, die zudem um Platz für differenzierte Reportagen kämpfen müssten. Die Kommentare zu spektakulären Verfahren würden ohnehin von den Ressortleitern geschrieben, die an keinem Verhandlungstag im Gerichtssaal anwesend waren, aber die wüssten, was die Leser hören wollten.

Sabine Rückert (ZEIT) widmete ihren Beitrag dem Verstärkerkreislauf von Politik und Medien. Verbrechen lohne sich für die Medien, sichere Auflagen, Einschaltquoten und Kundentreue. Bei einer kriminologischen Studie erklärten 95% der Befragten, sie bezögen ihr Wissen über Kriminalität aus den Medien. Entsprechend sehen die Einschätzungen über die Lage aus: Systematisch würde der Anteil der Gewaltkriminalität überschätzt. Berichtet werde über große Strafverfahren zu bestimmten Zeitpunkten: das Verbrechen selbst, der Prozessauftritt und das Urteil. Durch die zahlreichen Berichte multipliziere sich die Wirkung bei den Konsumenten, die Kriminalitätsfurcht wachse. Dies sei die Stunde von Politikern wie Schill und Kusch aus Hamburg oder Koch aus Hessen, die sich äußern, um in den Medien zu sein und damit erneut die Berichterstattung verstärken. Rückert schloss ihren kritischen Beitrag mit der Anmerkung, man dürfe die realen Probleme nicht kleinreden, sondern müsse seriös berichten.

Auch *Hans Leyendecker* (SZ) sprach in einem kritischen Quergang über das Klima in den Redaktionen, die auf den Markt reagieren und die Aufmerksamkeit der potenziellen Kunden suchen – um fast jeden Preis. Die Pressefreiheit werde – anders als zur Zeit der SPIEGEL-Affäre, die tausende Demonstranten für die Pressefreiheit auf die Straße holte – heute von innen bedroht: durch Renditeinteressen der Herausgeber. Gerade bei kleineren Medien würden Redakteure „outgesourct“ und zu Hungerlöhnen beschäftigt, der inhaltliche Druck auf die Berichterstattung durch Anzeigekunden sei erheblich. Der Rückgriff auf „Google“ und „Wikipedia“ statt auf sorgfältige Recherche sei auch eine Folge dieser Entwicklungen. Nur wenige renommierte Redaktionen könnten sich diesem Druck widersetzen. Tragischerweise hätten Medien aber gerade dort ihren blinden Fleck, wo sie sich mit sich selbst beschäftigen müssten. *Leyendecker* verwies auf Tendenzen der Industrie hin, selbst Medienproduzenten zu werden und kleinere Blätter mit kompletten Seiten zu beliefern – der Unterschied zwischen Bericht und Anzeige verwische sich. Die Bereitschaft zur kritischen Berichterstattung erscheine dann als Risiko, dass Chefredakteure und Herausgeber kaum mehr eingehen wollten.

Weitere Einzelheiten zum Tagungsprogramm und zur Arbeit/Veröffentlichungen des Institutes können auf der homepage <http://www.institut-fuer-konfliktforschung.de> nachgeschlagen werden.

Michael Stiels-Glenn

M. A. Kriminologie/Polizeiwissenschaften